

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 10. 44. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugabe pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannow 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 7. März 1930

Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit.

Auf seiner fünften Tagung behandelte der Bundesausschuß des ADGB sehr eingehend die Lage des Arbeitsmarktes und die dringende Notwendigkeit, Schritte zu unternehmen, die geeignet erscheinen, die Krise zu beheben. Kollege Splidat berichtet über die Verhandlungen und begründet die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung.

In der Aussprache wurde geltend gemacht, daß eine präzise Fassung der Forderung der Arbeitszeitverkürzung dringend wünschenswert sei. Internationale Kongresse seien hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Man könnte den deutschen Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie einer der wichtigsten Fragen, die sich in den letzten Jahren aus der Entwicklung der Technik, aus den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt ergeben, aus dem Wege gehen, wenn sie diesen Anregungen nicht Folge leisten. Eine große Zahl berufsmäßig geleiteter Arbeiter und Arbeiterinnen, zum Beispiel in der Bekleidungsindustrie, sei brotlos. In die technisch umgestaltete Industrie werden berufsferme Arbeiter und Arbeiterinnen herangezogen, man schult sie kostspielig um — diese Art von Rationalisierung ist von katastrophaler Wirkung auf die Arbeiterchaft. Klar umschriebene Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung daher nicht einem demagogischen politischen Agitationsbedürfnis, sie sind sachlich begründet. Man beschäftigt sich sogar in Unternehmerkreisen mit diesem Problem. Es gebe aus der Arbeitslosigkeit keinen anderen Ausweg als die radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Ein Redner trat daher für die 40-Stunden-Woche ein.

Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Rationalisierung keineswegs identisch sei mit der technischen und organisatorischen Vervollständigung der Betriebe; sie umfasse ja auch die Tendenz zur privaten Monopolbildung, zu Zusammenhängen in den Kartellen und Trusten. Die Rationalisierung ist in Deutschland zu einer denkbar unangenehmsten Zeit aufgenommen und durchgeführt worden. Würde man planmäßig rationalisieren, dann müßte man dazu eine Zeit wählen, in welcher der Kapitalmarkt gesättigt und der Arbeitsmarkt schwach besetzt ist. Die Rationalisierung ist jedoch in eine Zeit gefallen, in der das Verhältnis umgekehrt war, und die Folge ist die ungewöhnlich grobe Arbeitslosigkeit. Weniger gefährliche Folgen hätte die Rationalisierung gehabt, wenn sie zusammengefallen wäre mit der Entlastung des Arbeitsmarktes, die in diesem Jahre durch die Folgen des Geburtenausfalles während des Krieges eintreten wird.

So, wie sich nun die Dinge entwickelt haben, müssen sie ausgeglichen werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Einige Verbände, für welche die Verhältnisse einem solchen Versuch günstig sind, werden kommende Tarifverhandlungen benutzen, um die Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern. Vor allem sei die Ueberzeitarbeit entschieden zu bekämpfen. Durch entsprechende Formulierungen in den Tarifverträgen und durch Einwirkung auf die Gewerbeaufsichtsbehörden muß der Bewilligung von Ueberstunden Einhalt geboten werden. Die durch die Rationalisierung bewirkte gesteigerte Leistung und vermehrte Ausnutzung der Arbeitskraft, die zu erheblichen Gesundheitschädigungen für die Arbeiterchaft führte, macht eine Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich. Ferner wäre der frühere Betriebskluft am Wochenende anzustreben. Im Zusammenhang mit den Folgen der Rationalisierung

und der Arbeitslosigkeit sei sodann der Lehrlingsausbildung größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. In einigen Gewerben ist das Maß der Lehrlingsausbildung in Lehrlingszüchtereien ausgearbeitet. Unter solchen Verhältnissen dürfte es nicht vorkommen, daß Schiedsprüche, die die Arbeitszeit auf 54 und 56 Stunden in der Woche verlängern, für verbindlich erklärt werden. Dem Hinweis der Unternehmer auf ungünstigere Arbeitsbedingungen in anderen Ländern — namentlich in der Metallindustrie — sei damit zu begegnen, daß die durch die fortgeschrittene Rationalisierung erreichte Produktivität der Arbeit in Deutschland die Leistungen der Industrie in anderen Ländern weit übertrifft.

Damit ist die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung abgeschlossen. Der Bundesausschuß nahm die Entschließung „Zur Arbeitslosenunterstützung“ bei wenigen Stimmhaltungen an. Die Entschließung hat gerade in den Abschnitten über die Arbeitszeitfrage als Ergebnis der Beratungen des Ausschusses auf Drängen der Verbandsvorstände eine schärfere Fassung erhalten.

Entschließung des Bundesausschusses.

Die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes, durch die zurzeit bereits rund 3 Millionen arbeitsfähige Menschen zur Untätigkeit, ohne Hoffnung auf baldige Wiedereinstellung in den Produktionsprozess, verurteilt sind, gibt den Gewerkschaften erneut Veranlassung, Regierung und Parlament auf die stetig wachsende Notlage dieser Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterchaft hinzuweisen. Alle Bemühungen der Gewerkschaften, auf eine planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung hinzuwirken, sind bisher, nicht zuletzt infolge der verfehlten Finanz- und Anleihepolitik des Reiches, erfolglos geblieben. Das völlige Daniederliegen des Baumarktes, der Ausfall der Notstandsarbeiten sind Ergebnisse dieser von den Gewerkschaften bekämpften Politik.

Auf der anderen Seite versucht das Unternehmertum durch Bekämpfung der Sozialpolitik und planmäßige Verweigerung der unvermeidlichen sozialen Ausgaben die gesamten Kosten der Arbeitslosigkeit einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen.

Mit der Zerstückelung der Arbeitslosenversicherung soll der erstrebte Abbau der Löhne wirksam unterstützt werden.

In dieser Lage erneuern die Gewerkschaften mit um so größerem Nachdruck ihr Bekenntnis zur Notwendigkeit einer umfassenden Sozialpolitik, durch welche die Opfer der Wirtschaftskrise bis zum Eintritt einer Besserung der gesamten Wirtschaftslage ausreichend erhalten werden. Die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Ausmaßes und der Lebensfähigkeit der gesamten deutschen Sozialversicherung ist das wichtigste Gebot der Gegenwart, für dessen Erfüllung die Arbeiterchaft sich bisher schon und auch weiterhin zur Uebernahme der erforderlichen Beiträge solidarisch bereit erklärt hat. Darüber hinaus kann aber in Zeiten ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel um so weniger verzichtet werden, als die heutige Lage der Arbeitslosenversicherung durch die Behinderung rechtzeitiger Beitragserhöhung von den bürgerlichen Parteien bewußt herbeigeführt ist.

Das Reich hat die Verpflichtung,

den allein auf ihrer Hände Arbeit Angemessenen in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not beizustehen. Diese Verpflichtung abzuwälzen auf die aus Beiträgen aufgesammelten Rücklagen anderer Versicherungsträger weist der Bundesausschuß mit aller Entschiedenheit zurück. Weder eine Gefahrengemeinschaft, noch der darlehensweise Zugriff auf die Mittel der Invaliden- und Angestelltenversicherung kann für eine Lösung der Finanzkrise des Reiches in Frage kommen. Eine solche Abwälzung der Verpflichtung des Reiches würde nur die Leistungen und Aufgaben dieser Versicherungsträger in Gefahr bringen, die Verwendung der Rücklagen zur Förderung des Wohnungsbaues unterbinden und damit die Arbeitslosigkeit wieder weiter steigern. Daher muß aufs schärfste jede derartige Lösung abgelehnt werden, die zugleich neue unerfüllbare Verpflichtungen und neue Bedrohungen für die Arbeitslosenversicherung schaffen würde.

Die Herabsetzung der für Notstandsarbeiten im Reichsetat bereitgestellten Mittel muß entschieden abgelehnt werden. Es wird im Gegenteil verlangt, daß im Reichsetat Vorzüge getroffen wird, um die im letzten Jahre eingeschränkten Notstandsarbeiten entsprechend dem Umfang der Arbeitslosigkeit auszubauen.

Die Solidarität der Arbeiterchaft erfordert aber weiterhin auch Vermeidung jeglicher Ueberzeitarbeit,

die notwendig zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen muß. Alle Verbandsvorstände wie auch die Arbeiter in den Betrieben sollen daher der Ueberarbeit, die heute mehr denn je unerträglich ist, den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Der Bundesausschuß bezeichnet es darüber hinaus als das aus der gesamten Entwicklung der Wirtschaft und der Technik sich notwendig ergebende Ziel, die Arbeiterchaft gegen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Technisierung und zugleich vor den steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dieses Ziel muß insbesondere durch eine der erhöhten Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der gesteigerten Leistung der Arbeiter entsprechende allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Schlichtungsinstanzen auf die aus der Rationalisierung sich ergebende Steigerung der Arbeitsintensität in ihrem Schiedsprüchen keinerlei Rücksicht nehmen, weder durch Erhöhung der Löhne, noch durch Verminderung der Arbeitszeit. Wenn sich die Rationalisierung als ein Fortschritt auswirken soll, dann ist eine andere Grundeinstellung der Schlichtungsbehörden unbedingt erforderlich.

Angeichts der Tatsache, daß sich die Rationalisierung bisher vornehmlich in einer Freisetzung von Arbeitskräften ausgewirkt hat, ohne daß durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise neue Kaufkraft geschaffen worden wäre, fordert der Bundesausschuß erneut eine

schärfere Kontrolle der Kartelle und Monopolbetriebe und Ueberwachung der Preisgestaltung.

Zahlungsstodungen bei Moritz Müller, Leipzig.

Durch die Tagespresse geht die Nachricht, daß die länger als 80 Jahre bestehende Leipziger Koffer- und Taschenfabrik Moritz Müller in Zahlungs-schwierigkeiten geraten ist. Die Firma, die bis vor einigen Jahren nur Koffer- und Reisetaschen fabrizierte, stellte sich in den letzten Jahren um auf die Fabrikation von Feinlederwaren. Diese Umstellung hat die Investition erheblicher Mittel erfordert. Die Firma konnte für ihre Fabrikate nicht immer ausreichenden Absatz finden, und da Feinlederwaren sehr stark der Mode unterworfen sind, mußten vorjährige Muster oft mit Verlust abgesetzt werden. Die Firma war in mehreren Großstädten zur Errichtung eigener Verkaufsstellen übergegangen und mußte erhebliche Beträge für Umbauen ihrer Laden-geschäfte verausgaben. Ferner haben die teuren Ladenmieten, insbesondere in Berlin, den Unkosten-etat stark belastet. Die Inhaber der Firma glauben, daß es gelingen wird, das große Warenlager, dessen Wert auf 1 1/2 Millionen Reichsmark geschätzt wird, zu realisieren und bei ruhiger Umklammerung alle Gläubiger zu befriedigen. Die Verbindlichkeiten werden auf weit über eine Million Mark geschätzt.

Das Arbeitschicksal der Facharbeiter und der älteren Arbeiter nach der neuen Arbeitslosenerhebung.

Der von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge angestellten Erhebung, die nunmehr in wichtigen Teilergebnissen vorliegt, fällt u. a. das Verdienst zu, den Zusammenhängen zwischen Lohn, Alter und Arbeitslosigkeit an Hand eines umfangreichen statistischen Materials nachgegangen zu sein. Bringt man das Arbeitschicksal in Verbindung mit der Lohnklassifizierung, so fällt auf, daß im Durchschnitt die Empfänger höherer Löhne vor Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit kürzer gearbeitet haben als diejenigen mit niedrigerem Lohn-einkommen. Der Anteil der Arbeitnehmer, die vor Eintritt der Arbeitslosigkeit 52 oder mehr Wochen ununterbrochen beschäftigt waren, ist bei den niedrigen Lohnklassen erheblich höher als bei den besser bezahlten Gruppen. Hier scheinen sich wichtige Veränderungen vollzogen zu haben, denn während früher meist der ungelernete Arbeiter jede Konjunkturschwankung mit Arbeitslosigkeit zu zahlen hatte, während man den Facharbeiter zu halten und über die Zeit des Arbeitsmangels herüberzureiten versuchte, wird heute der besser bezahlte Facharbeiter schneller und häufiger arbeitslos als der ungelernete Arbeiter mit niedrigerem Lohn-einkommen. Man wird nicht fehlgehen, hier Auswirkungen der gegenwärtigen Phase der Rationalisierung zu erblicken, die in einzelnen Industriezweigen besonders den Facharbeiter weitgehend durch den angelernten Arbeiter ersetzt. Damit aber fällt für den Kapitalisten jede Verantwortung fort, ihn über die Zeit der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen, da selbst bei ansteigender Konjunktur eine genügende Zahl von Facharbeit-kräften immer wieder zur Verfügung steht.

Sehr aufschlußreich sind auch diejenigen Teile der Erhebung, die das Alter der Arbeitslosen und die Inanspruchnahme der Versicherung in Beziehung

setzen. Mit steigendem Alter steigt die Häufigkeit der Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung: Während bei den Jugendlichen bis zu 18 Jahren nur 10 bis 12 Proz. das Jahr vor Eintritt der Arbeitslosigkeit Arbeitslosenunterstützung erhalten haben, hatten bei den vierzigjährigen Arbeitnehmern 40 Proz. aller Angehörigen dieser Altersgruppe bereits vor der Erhebung Unterstützungen in Anspruch genommen, was mit steigendem Alter noch zunahm. Aber auch die Dauer der Unterstützung nahm mit höherem Alter zu: Während die Jugendlichen im Durchschnitt 9 bis 10 Wochen Unterstützung bezogen, betrug die Unterstützungsdauer bei den erwachsenen Arbeitern über 40 Jahre 11 bis 14 Wochen. In der gegenwärtigen Phase der kapitalistischen Entwicklung scheint das Arbeitschicksal den einzelnen, je älter er wird, um so härter und grausamer zu treffen.

Die verteuernde Wirkung des Zwischenhandels.

Die „Ostbühlinger Volkszeitung“ bringt in Nr. 43 bemerkenswerte Angaben über die Verteuerung der Milch durch den Zwischenhandel.

Nach den Angaben zählt der Milchhof in Altenburg für 1 Liter Milch ab Stall 17 1/2 Pf. Die vier Großhändler in der Stadt — also die Leute, die die Milch vom Milchhof in die Verteilungsstellen bringen — verlangen für 1 Liter Milch 23 Pf. Die Verteilungsstellen wiederum erhalten von den Milch-frauen 31 Pf. Diese nehmen vom Verbraucher 36 Pf. Wer die Milch in Flaschen bezieht, muß für 1 Liter Milch sogar 40 Pf. zahlen.

Das bedeutet, daß der Zwischenhandel den Preis der Milch um über 100 Proz. erhöht. Unter diesen Umständen ist es unmöglich, den Zwischenhandel verteidigen zu können. Er gereicht der Volkswirtschaft und den Verbrauchern nicht zum Segen, sondern zum Schaden. Gerade bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen kommt seine verteuernde und schädigende Wirkung so recht zum Ausdruck.

Mit Ermahnungen ist beim Zwischenhandel nichts zu erreichen. Sollen in Deutschland endlich erträgliche Preisverhältnisse entstehen, dann muß auf seine Beseitigung hingearbeitet werden. Es muß versucht werden, zu einem direkten Verkehr der Produzenten mit dem Konsumenten zu kommen. Der Weg dazu führt über die Konsumgenossenschaften. Ihrer sollten sich die Handwirte noch weit stärker als bisher erinnern.

Trotz sinkender Mehlpreise wird das Gebäck teurer.

Im Februarheft des „Magazins der Wirtschaft“ beschäftigt sich ein längerer Aufsatz mit dem Einfluß der Getreidepreisschwankungen auf den Preis des Weizenkleingebäcks, der sogenannten Schrippen oder Semmeln. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß der Konsument von den Getreide- und Mehlpreisschwankungen mehr Nachteile als Vorteile zu erwarten hat, da die Preise der von ihm nachgefragten Artikel zwar schnell und oft sogar übersteigert den Preiserhöhungen nachkommen, während Getreide- und Mehlpreiserenkungen, so wie wir sie in den letzten Monaten beispielsweise erleben, nicht in entsprechender Verbilligung den Konsumenten zu-

gute kommen. Der Weizenpreis sank vom Hochsommer bis zum Beginn dieses Jahres von 265 auf 235 Mt. die Tonne und der Roggenpreis von 200 auf 165 Mt. Trotzdem war keine Preisreitung zu beobachten, beim Weizenkleingebäck nach Berechnungen des preußischen statistischen Landesamtes durchschnittlich sogar eine Steigerung von 78,5 Pf. auf 79,2 Pf. pro Kilo, während beim Brot der Preis mit 35 Pf. für das Kilo unverändert blieb.

Die Preisschwankungen erhöhen nur die Zwischen-gewinne von Händler, Müller und Bäcker, während Produzent und Konsument den Schaden tragen. Gegenwärtig steht der Roggenpreis mit 8 2/5 Mt. nur etwas über dem Stand der Vorkriegszeit (8 Mt. pro Zentner), doch bekam man damals ein Brot von 1708 Gramm, heute nur von 1261 Gramm für 50 Pf. Während vor dem Krieg von den 50 Pf. die das Roggenbrot kostete, 25 Pf. an den Landwirt, 5 1/2 Pf. an den Händler und 19 1/2 an den Bäcker gingen, entfallen heute nur 19 1/2 Pf. an den Landwirt, 7 Pf. an den Händler und 23 1/2 Pf. an den Bäcker. Die Preisschwankungen schaden also Landwirt und Konsument, so daß beide ein Interesse daran haben, durch Einrichtung eines staatlichen Getreidemonopols zur Preisstabilisierung zu gelangen.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Bremen. Am 20. Februar fand hier die Jahres-versammlung statt, wo der Geschäftsbericht gegeben wurde und Neuwahl der Ortsverwaltung stattfand. Vor Eingang zur Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Kollege Haupt der Bedeutung dieses Tages, an dem vor genau 30 Jahren die Ver-waltungsstelle Bremen des Sattlerverbandes ge-gründet wurde. (Ueber diesen Teil ist bereits in Nr. 9 ausführlich berichtet worden. D. Red.) Er gab sodann den Jahresbericht. Die Aussprache darüber wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Kollege Svaning stellte den Antrag, die bisherige Ortsver-waltung einmütig anzunehmen. Neu hinzugewählt wurde Kollege Günther.

Ebenfalls wurde einstimmig der Vorschlag der Lohnkommission angenommen, das Lohnabkommen für die Tapezierer zum 1. April 1930 zu kündigen und 10 Proz. Lohnerhöhung zu fordern.

Am 20. März soll im Volkshaus ein Frühlingsest stattfinden.

Coburg. Am 31. Januar fand unsere Generalver-sammlung statt. Vorliegender Kollege Dreffel gab in Anwesenheit des Kollegen Böhrer, Nürnberg, im kurzen Umriss ein Bild von der Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Jahre. Es wurden 6 Mit-gliederparlamenten, 7 Branchenderversammlungen, 8 Werkstattversammlungen und 5 Verwaltungsver-sammlungen getätigt. Dreffel freute die Wohnver-handlungen, die den Verhältnissen im Orte entsprechen, ein Erfolg waren. Einem verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise gedacht. Anschließend gab Kollege Breitbut den Jahresabschlussbericht. Der Gesamtumsatz betrug 7056 Mt. An Arbeitslosenunter-stützung wurden 1051,50 Mt. ausgegeben, an Krankenunterstützung 228,65 Mt., Reiseunterstützung 14,20 Mt., lokale Reiseunterstützung 28 Mt., so daß

Bessere Nuhbarmachung des Rundfunks im Interesse der organisierten Arbeiter-schaft.

Unmittelbare Propagandaarbeiten zugunsten der Gewerkschaften können im Rundfunk nicht gehalten werden. Das verbietet die für den Rundfunk geltenden Bestimmungen. Ausgesprochene Propaganda-vorträge würden aber auch bei der nun einmal vor-handenen gewerkschaftlichen Fernsicherheit wahrschein-lich zu ziemlich unerwünschten Zuständen führen. Die Bemühungen der Gewerkschaften, Einfluss auf die Darbietungen des Rundfunks zu gewinnen, sind trotzdem nicht erfolglos geblieben. Die bei der „Deut-schen Welle“ eingeführte „Stunde des Arbeiters“, die an jedem Sonnabend stattfindet, beweist das.

In dieser „Stunde des Arbeiters“ werden solche Fragen behandelt, die zwar nicht unmittelbar propa-gandistisch ausgeprochen sind, den Hörer aber doch mit all den Problemen vertraut machen lassen, die mit dem Aufgabengebiet der Gewerkschaften gehören. Auch andere Sender behandeln Arbeiterfragen, wenn auch noch längst nicht alle in gleichem Umfange — und mit der gleichen Unparteilichkeit.

Neben den Gewerkschaften ist die vor einiger Zeit in Berlin geschaffene „Freie Rundfunkzentrale“ — an der auch der ADGB beteiligt ist — bemüht, dem Teil der Arbeiterschaft, der sozialistisch-weltanschau-lich eingestellt ist, einen entsprechenden Anteil an den kulturpolitischen Darbietungen des Rundfunks zu sichern.

Die Bemühungen, den Rundfunk mehr als bisher in den Dienst der größten Kulturbewegung der Neu-zeit, der Arbeiterbewegung, zu stellen, würden

zweifellos noch eine Förderung erfahren, wenn nach-gewiesen werden könnte, daß das Gros der Rund-funkthörer, und das sind doch zweifellos Arbeiter bzw. Arbeitnehmer, eine noch stärkere Berücksichtigung der sie besonders interessierenden Fragen verlangen. Da-zu genügt aber nicht, daß einzelne Hörer gelegentlich der Geltung der in Frage kommenden Sender ihre Wünsche oder Beschwerden persönlich äußerten. Hier begegnen sie sich zweifellos mit einer ebenso großen Anzahl anders gerichteter Beschwerden und Wünsche, so daß die Geltung gar nicht anders kann, als im großen ganzen alles beim alten zu belassen. Wenn auf diesem Gebiet in der Tat Wünsche und Be-schwerden der Arbeiterhöörer vorhanden sind, dann müssen diese systematisch erfasst und in organisierter Form weitergeleitet werden.

Vorläufig aber wissen wir leider nur sehr wenig darüber, wie die hier in Frage kommenden Rund-funkdarbietungen überhaupt aufgenommen worden sind. Man kann vielleicht sogar annehmen, daß ins-folge der technischen Unvollkommenheit (mangelhafte Reichweite) der meisten im Besitz von Arbeitern be-findlichen Apparate längst nicht alle Arbeiterhöörer die Darbietungen der „Deutschen Welle“ in der „Stunde des Arbeiters“ kennen. Noch schlechter dürfte es mit dem Hören anderer Sender bestellt sein, sofern diese besondere Darbietungen für die Arbeit-erschaft bringen. In dieser Hinsicht müssen also zu-nächst einmal einwandfreie Feststellungen getroffen werden. Das könnte aber in einer Art geschehen, die zugleich auf eine stärkere Nuhbarmachung des Rund-funks zugunsten der Arbeiterschaft hinausläuft. Hier-bei könnten die Ortsausschüsse des ADGB, eine der Gewerkschaftsbewegung sehr nützliche Arbeit leisten. Sie sollten nämlich versuchen, wie es an einzelnen

Stellen schon mit Erfolg geschehen ist, bei Rundfunk-vorträgen gewerkschaftlicher, sozialpolitischer oder arbeitsrechtlicher Art die Arbeiterschaft — nicht nur die Rundfunkhörer — in größeren Räumen mit Lautsprecheranlage zu veranlassen und so einem möglichst großen Kreis von Arbeitern Gelegenheits geben, diese Vorträge anzuhören. Es könnte sich daran sogar eine Diskussion über das Gehörte an-schließen.

Auf diese Weise könnten gerade in kleinen Orten, in die nur selten bekannte Redner hingelangen, Ge-legenheit gegeben werden, solche doch zu hören. Aber selbst auch größere Orte sollen von diesem bequemen Mittel Gebrauch machen. An Hand der meist schon eine Woche früher erscheinenden Rundfunk-programme dürfte es nicht schwer sein, solche all-gemeinen „Empfangsabende“ rechtzeitig festzulegen.

Auch an den Kosten braucht die Sache nicht zu scheitern. Soweit Gasthäuser für solche Veranstaltun-gen in Frage kommen, verfügen sie zumeist alle schon über eine Lautsprecheranlage. Wo das nicht der Fall ist, wird sich irgendein gewerkschaftlich organi-sierter Bauführer gern bereitfinden, die Anlage gegen eine bescheidene Entschädigung herzustellen. Wo es Ortsgruppen der Arbeiter-Radiobundes gibt, und das ist in vielen mittleren und größeren Orten der Fall, dürfte eine Berücksichtigung mit diesem genügen, um das Gewünschte zu erreichen.

Wird nach diesem Vorschlag allenthalten verfahren, dann dürften wir sehr bald in der Lage sein, die An-forderungen der Arbeiterschaft, die sie an den Rund-funk zu stellen hat, kennenzulernen und mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. — Auf das Letztere kommt es den Gewerkschaften natürlich besonders an.

Ich der Kollabestand am Schluß des Jahres auf 251,51 M. beläuft. Der Mitgliederbestand beträgt Ende 1929 226 davon 15 weibliche und 8 Lehrlinge. Gegenwärtig sind 90 Kollegen arbeitslos. Bei der Neuwahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Kollege Böhner sprach als Teilnehmer der am 1. Dezember vergangenen Jahres stattgefundenen Gautontferenz, und gab in kurzen Worten den Sinn der selben wieder. Der Vorsitzende dankte den Kollegen für das Vertrauen, das dieselben dem Vorstande entgegengebracht haben und erwähnte sie, auch im kommenden Jahre treu und mit Vertrauen zum Vorstande zu halten.

J. G a u p m a n n.

Dresden. Generalversammlung vom 30. Januar 1930 im Volksbaus. Der langjährige Vorsitzende Kollege Hermann Müller eröffnet mit einleitenden und begrüßenden Worten die Jahreshauptversammlung und gedankt zugleich mit ehrenden und Dankesworten der verstorbenen Kollegen Bänich, Richter, Claus, Kegelster und Schäler. Die Versammlung schließt ihr Andenken durch Erheben von den Plagen. Dann ergreift Kollege Böhme das Wort zu seinem ausführlichen, mit reichhaltigem Material gestützten Jahresbericht und betont, daß er nicht in der Lage sei, dem Jahre 1929 einen guten Nachruf zu widmen. Der harte Winter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und harte Lohnkämpfe, dazu die anhaltende Rationalisierung, besonders stark in der Kofferindustrie, haben zu einer ungünstigen Lage geführt. Es ist aber zu hoffen, daß im kommenden Jahr Erleichterungen und Besserungen der beruflichen sowie auch der allgemeinen Wirtschaftslage eintreten, zusammenhängend mit den getroffenen finanzpolitischen Abmachungen der Länder. In den weiteren Ausführungen rückt das Bild der einzelnen Branchen vorüber, worüber Kollege Böhme bereits in Nr. 5 unserer Verbandszeitung ausführlich berichtet hat. Inmitten dieser vielen und schwierigen Arbeit tagte zum 40jährigen Jubiläum der Dresdener Kollegenchaft der Verbandstag zu Ehren der Dresdener Organisation in untern Mavern, dessen geleistete Arbeit Anerkennung verdient und gefeiert hat und insbesondere außer sozialen Verbesserungen die Invalidenversicherung brachte. Kollege Böhme unterließ es nicht, allen Funktionären für die geleistete Mitarbeit zum Verbandstag herzlich zu danken und zum dann auf die schlichte Feier, die den Dresdener Jubilaren zu Ehren veranstaltet war, zu sprechen. Eine stattliche Zahl von 103 Jubilaren mit ihren Familien Frauen hatte sich eingefunden; das Aushalten und die Beteiligung unserer ältesten Pioniere sind Beweise für die gelungene Feier, die durch ein gemächliches Tanzen ihren Abschluß fand. Nachdem nun Kollege Böhme noch für eine stärkere Beteiligung bei Versammlungen und insbesondere bei Verhandlungen innerhalb der Organisation eintrat, erhielt dann unser Kollege August Eppold zum 25. Male das Wort zu seinem bereits vorliegenden übersichtlichen Kassenbericht, in dem einzelne Positionen besonders hervortraten: Arbeitslosenmarkenbeträge, soziale Beihilfen, Volkshausmarkenentnahme, Weihnachtsunterstützung usw. Für die freiwilligen Sammlungen und Beiträge zur Weihnachtsunterstützung dankte Kollege Eppold besonders, erwähnte dann alle einzelnen Posten und belegte so zum Abschluß das rückliegende Geschäftsjahr, wozon der Kollege einen klaren Einblick bekam. Kollege Eppold betonte besonders, daß trotz der schwierigen Verhältnisse kein Grund vorliege, nun mühsamig zu sein, sondern mit aller Kraft und aller Kollegialität mühen wir an unsere Aufgaben heranzutreten.

Der Vorsitzende dankte beiden Berichterstattern, insbesondere beglückwünschte und dankte er im Namen der Dresdener Mitgliedschaft untern Kollegen August Eppold für seine unermüdete, treue 25jährige Tätigkeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich sein Gesundheitszustand so bessern möge, daß seine wertvolle Kraft der Dresdener Organisation noch eine Reihe Jahre erhalten bleibe.

Zu beiden Berichten wurde das Wort nicht begehrt und damit die geleistete Arbeit der Ortsverwaltung anerkannt. Kollege Gneus berichtete für die Neujahre, daß Bücher, Belege und Kasse in bester Ordnung seien und beantragt Entlastung des Kassierers und des Vorstandes; dies geschieht einstimmig. Hierauf erfolgte in jedem Falle einstimmig die Wahl der Ortsverwaltung. Zum Vorsitzenden wiederum Kollege Hermann Müller, als Stellvertreter Kollege Mehlig, des weiteren die Kollegen Naumann, Herbold, Krebs, welche bereits in Branchenversammlungen zu deren Leitern gewählt wurden. Als Kassier fungieren die Kollegen Heinrich, Richter und Ademann. Zum Schriftführer wurde Kollege Bappich wiedergewählt, ebenso die Kollegen Gneus, Dulack und Naumann wiederum als Revisoren. Die angestellten Kollegen Robert Böhme und August Eppold wurden laut Satzung bis zum nächsten Verbandstag ebenfalls mit einstimmigem Vertrauen ausgerufen. Die Gewählten nahmen an. dankten und versicherten, alles, was in ihren Kräften steht, auch weiterhin zum Wohle der Organisation zu tun.

Zum Punkt „Verschiedenes“ teilte zunächst der Vorsitzende mit, daß in Rücksicht auf unsere arbeitslosen Kollegen von dem üblichen Frühjahrsversammlungen Abstand genommen werde. Kollege König gab die Herzoginmünze eines Kleinmeisters und seine mittelalterliche Einstellung zur Wirtschaftslage unter großer Heiterkeit zum besten. Kollege Naumann sagte sich verbend für den Volksfeuerstättungsverein „Trost im Leide“ ein und rief den Widerstand der Freidentkollegen hervor. Kollege Böhme bot den jugendlichen Kollegen jederzeit seinen Beistand und Beratung in allen gewerkschaftlichen Fragen an. Am Schluß dankte der Vorsitzende allen Mitglidern und forderte zu einmütigem Zusammenstehen auf, um auch dem neuen Jahre Erfolge abringen zu können. Joh. A d e r m a n n.

Jahresbericht der Filiale Köln.

Mußten wir schon im Jahre 1928 über eine ansteigende Erwerbslosigkeit berichten, so müssen wir feststellen, daß in der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 1929 keine Änderung eingetreten ist. Die Zahl der erwerbslosen Verbandsmitglieder wird immer größer und es hat den Anschein, als ob es sich hier um eine Dauererscheinung handelte. Siegen wir in Köln prozentual mit der Erwerbslosenzahl auch nicht an der Spitze der Erwerbslosen unseres Verbandes, so ist doch die Zahl der Erwerbslosen sehr groß.

Im Vorjahr stand die Fahrzeugbranche mit 21,2 Proz. an der Spitze der Erwerbslosen, in diesem Jahr sind es die Tapezierer mit 19,7 Proz. Am günstigsten steht immer noch, wie im Vorjahr, die Treibriemenbranche. Aber auch in dieser Branche ist eine Verschlechterung eingetreten. In der Fahrzeugbranche konnten wir gegen das Vorjahr eine Besserung von 7,7 Proz. feststellen. Bei allen anderen Branchen erhöhte sich die Erwerbslosenzahl, und zwar bei der

Lederwarenbranche . . . von 9,2 auf 19 Proz.
Tapezierer 17,2 „ 19,7 „
Dekorationsnäherinnen 5,6 „ 12,6 „
Treibriemer 3 „ 10,2 „

Trotz dieser ungünstigen Lage konnten wir die Zahl der männlichen Mitglieder um 42 erhöhen. Bei den weiblichen trat ein Rückgang von 6 Mitgliedern ein.

Sehr groß ist immer noch die Fluktuation bei uns. Es wurden im Jahre 1929 199 männliche und 33 weibliche Mitglieder aufgenommen. Ausgeschlossen wurden 165 männliche und 36 weibliche Mitglieder. Von den Ausgeschlossenen waren 74 Mitglieder 13 männliche und 2 weibliche. Diese Fluktuation ist auf die kurze Beschäftigungsdauer im allgemeinen zurückzuführen. Kommen die Kollegen in den Betrieb, dann werden sie der Organisation zugewiebt. Fallen aber, wenn sie entlassen werden, wieder ab.

Das Verbandsleben in Punkt Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen mit den Arbeitgebern, am Schlichtungsausschuß, beim Schlichter, am Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht war sehr reger. Die Klagen an den Richter endeten fast alle mit vollem Erfolg. Bei einigen war uns ein Teilerfolg beschieden.

Der Versammlungsbesuch könnte besser sein. Besonders sind es die weiblichen Mitglieder, welche sich sehr wenig um ihre Geschäfte kümmern.

Zum drittenmal wurde der Versuch zur Gründung einer Jugendgruppe gemacht. Diesmal mit Erfolg. Besonders beifällig war uns diesmal die Kollaboration. In der Jugendgruppe sind die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre vereinigt. Es kommen 58 Jugendliche in Frage. Die Jugendlichen kommen jede Woche zusammen. Bei den Veranstaltungen wechseln Spiel, Musik und gewerkschaftliche Vorträge. Der Besuch der Veranstaltungen ist gut. Besonders erfreulich ist, daß sich auch die weibliche Jugend recht reger an den Veranstaltungen beteiligt.

Trotz dem schlechten Geschäftsgang konnte der Lohn in verschiedenen Branchen erhöht werden. Wenn die Erhöhung auch nicht nach unserem Wunsche erfolgte, so mußten die Mitglieder doch anerkennen, daß nur die Organisation in der Lage ist, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Für alle Branchen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt.

In der Fahrzeugbranche wurde der Lohn ab Juni um 4 Pf. auf 1,18 M. pro Stunde erhöht. Sehr viel Arbeit hat uns die Firma Deutsch gemacht. Die Firma gehört dem Arbeitgeberverband nicht an und waren wir gezwungen, gesondert mit ihr die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Zur Anerkennung des Handelsvertrages bedurfte es erst eines Streikbeschlusses. Das Lohnabkommen wurde mit Hilfe des Schlichters dem Kölner gleichgestellt. Trotzdem wir auch am Ort nach Erwerbslose genügend haben, sucht die Firma dauernd auswärtige Leute. Wenn auch die Verhältnisse bei der Firma jetzt geregelt sind, so empfiehlt es sich doch, bevor bei der Firma Arbeit angenommen wird, sich erst mit der Organisation in Verbindung zu setzen. Das Organisationsverhältnis der Branche ist gut.

In der Lederwarenindustrie, wo die Lohnregelung bezirklisch erfolgt, liegen die Verhältnisse sehr schwierig. Die Rationalisierung, die Beschäftigung von Jugendlichen, Frauen und ungelerten Arbeitskräften erschweren hier die Arbeit für die Organisation gewaltig. Das Organisationsverhältnis ist nicht das beste. Die Industrie hat zu einem großen Prozentsatz ihren Sitz auf dem Lande. Me an geführten Momente nützt das Arbeitgeberertum aus. Hier ist es immer nur unter Mitwirkung des Schlichters möglich, ein paar Pfennige Lohn-erhöhung zu bekommen. Der Lohn wurde im November um 4 Pf. auf 96 Pf. pro Stunde erhöht. In der Lederwarenbranche ist noch ein gut Stück Arbeit zu leisten, bis wir so weit sind, daß wenigstens eingemahnen Löhne bezahlt werden. Hier mit Hand anzulegen und mitzuhelfen, daß auch die letzte Arbeiterin und der letzte Arbeiter in der Organisation vereinigt sind, sollte sich jedes Verbandsmitglied zur Aufgabe machen.

In der Treibriemenbranche, ebenfalls Bezirkslohn, wurde der Lohn ab 10. Juli um 6 Pf. auf 1 M. pro Stunde erhöht. Hier gibt es außerdem noch 2 Pf. Kopfsulage pro Stunde. Das Organisationsverhältnis ist gut, wenn auch einige glauben, es wäre schöner, wenn man sich von anderen die Suppe lochen läßt und man ist dann recht kräftig mit.

Für die Tapezierer war das Jahr 1929 kein günstiges. Mehrere gute Geschäfte schlossen ihre Pforten. Hierdurch wurde eine Reihe tüchtiger Kollegen erwerbslos. Es verringerte sich die Zahl der beschäftigten Kollegen in der Branche. Der Lohn wurde in dieser Branche nicht erhöht. Eine Verhandlung vor Bechnachman führte zu keinem Ergebnis und wurde dieselbe bis März dieses Jahres vertagt. Das Organisationsverhältnis ist gut.

Für die Tapezierer scheint jetzt erst die Rationalisierung zu kommen. Wenn wir auch feststellen müssen, daß das, was in diesem Beruf vorgeht, nichts mehr mit Rationalisierung zu tun hat. Dieses kann man nicht mehr Rationalisierung nennen, sondern man muß es schon Verschwendung nennen. Ich will die Kamotten, die auf der Straße bei Grünthohl verschachert werden, oder wie aus Nürnberg berichtet wurde, daß die Direktion für Polstermöbel mit ihren Gehilfen wie eine Zigeunerfaramane durch das Land zieht, nicht mit einrechnen. Gewiß, auch dieser Schund schädigt den Beruf sehr stark. Was uns aber mehr schädigt, das ist der sogenannte Patentkram und sonstiger Schwindel, der aus den verschiedenen Landesteilen auf den Markt geworfen wird. Dieses Zeug hat wirklich mit Polstermöbel nichts mehr zu tun. Ein paar gestappte Drähle und zwei Rippen darauf ist mit dem besten Willen nicht als Polstermöbel anzusehen. Es ist vornehmer Schund. Billig und nochmals billig. Und das Zeug wird in Geschäften verkauft, die nach außen hin Wert darauf legen, als solide zu gelten. Das tausende Publikum ist getäuscht. Gewiß wird auch diese Epoche vorübergehen, aber vorläufig kommt das Zeug auf den Markt, die Zahl der Kollegen in den Betrieben wird immer geringer und diejenigen, die das Glück haben, noch in dem Betrieb zu bleiben, bekommen täglich zu hören, die Sachen sind zu teuer. Wir müssen billiger produzieren, sonst müssen wir die Sachen von auswärtig beziehen.

Nun müssen wir ja feststellen, daß unsere Organisation der Schmuckkonturrenz auf dem Gebiete der Lederwarenindustrie und auch dem Straßenhandel mit Polstermöbel auf den Leib rückt. Versucht, gemeinsam mit den Arbeitgeberorganisationen dieses Uebel zu beseitigen. Aber auch bei dem obenangeführten besseren Schund ist in dieser Richtung etwas Aktivität nötig. Hier glaube ich, daß die Sache mehr kritisch angefaßt werden muß, und zwar werden die Kollegen in den Betrieben etwas aktiver werden müssen. Hier wird ein Hand in Hand arbeiten mit dem Meister schon eine Besserung bringen.

Gewiß ist das deutsche Volk verarmt, aber für das Geld, wofür die Kamotten verkauft werden, könnte in den Betrieben auch etwas hergestellt werden, was unbedingt noch den Namen Polstermöbel verdient. Die Probe auf das Exempel ist verschiedentlich gemacht. Wir haben ein sehr großes Interesse daran, daß die Kollegen, die den Beruf erlernt haben, nun auch weiter in ihrem Beruf beschäftigt werden. Gelingt uns dies, haben wir viel erreicht.

Für die Dekorationsnäherinnen wird die Beschäftigungsmöglichkeit auch geringer. Auch hier kommt Nachwuchs, und damit wird das Angebot größer. Etwas mehr Aktivität im Verbandsleben, besonders im Versammlungsleben, wäre sehr sehr zu begrüßen.

Die Lehrlingszählerei ist noch in voller Blüte, wenn auch eine kleine Besserung eingetreten ist. Es sind immer noch 123 Tapeziererlehrlinge und 47 Handwerker- und Karosserierlehrlinge an Ort. Davon sind 20,6 Proz. organisiert. Es ist sehr schwierig, hier vorwärtskommen. Die Jungen sind sehr viel bei Kleinmeistern beschäftigt und da

kommen sie nie mit einem Gehilfen zusammen. Auch sonst sind die Kräfte, die uns entgegenarbeiten, hier in Köln sehr stark. Sehr trüben Tagen leben diese jungen Menschen entgegen. Die Kleinrentner sehen sie, wenn sie die Lehre beendet haben, sofort auf die Pfaster und sie sind es, die als Unorganisierte den städtischen Arbeitsnachweis heftigsten. Sie haben keine Möglichkeit, in ihrem erlernten Beruf ihr Brot zu verdienen.

Das Bildungswesen liegt in den Händen des Ortsausschusses des ADGB. und ist vorbildlich geregelt. Sehr zu wünschen wäre, wenn die Jugend etwas mehr Gebrauch davon machte.

Kolleginnen und Kollegen Kölns! Haben wir auch nicht alles erreicht, was wir wollten, so sind wir doch auf dem Wege der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder einen Schritt vorwärts gekommen. Groß sind die Hemmnisse, die uns entgegenstehen. Immer neue Hindernisse treten uns entgegen und immer schwerer werden die Kämpfe mit den Arbeitgebern. Sehr erfreulich ist darum, daß die Zahl, die erkannt hat, daß der Weg zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch die Organisation geht, immer größer wird. Je mehr sich der Organisation anschließen, desto mehr Macht hat die Organisation. Desto rascher geht es vorwärts. Freiwillig bekommen wir von den Arbeitgebern nichts. Je stärker die Organisation, desto besser die Arbeitsverhältnisse. Dies muß jede Berufstätige und jeder Berufstätige erkennen, dann werden wir auch am Schluß des Jahres 1930 sagen können, es ist vorwärtsgegangen. U. Sch.

Abrechnung für das 4. Quartal 1929.

Einnahmen der Hauptkasse:

	Mark
Bestand am 30. September 1929	76 180,31
Einsendungen der Verwaltungsstellen	134 531,55
Von der Bank erhoben	39 800,—
Zinsen	17 624,92
Abonnenten	771,29
Verschiedene Einnahmen	144,30
Summa:	268 852,37

Ausgaben der Hauptkasse:

	Mark
Agitation	10,635,50
Zeitungen	14 314,25
Verwaltungskosten (persönliche)	7 734,20
Verwaltungskosten (sächliche)	4 153,29
Lohnbewegungen	3 551,59
Streikunterstützung	3 191,38
Sonstige Unterstützungen	598,80
Rechtsschutz	1 264,46
Bankentzinsungen	128 250,59
Zuschuß an die Verwaltungsstellen	7 987,78
Rückvergütung von Abonnements	739,50
Unterstützungskasse	2 756,75
Gewerkschaftsbund	1 985,25
Invalidenfonds	35 032,05
Verschiedene Ausgaben	1 615,—
Gehälter der Ortsangestellten	26 926,—
Bestand am 31. Dezember 1929	18 065,98
Summa:	268 852,37

Unterstützungen für Rechnung der Hauptkasse:

	Mark
Reiseunterstützung	111,30
Arbeitslosenunterstützung	109 133,61
Krankeunterstützung	23 056,30
Werbungsbeihilfe	2 449,10
Summa:	134 752,31

Einnahmen der Cotalkassen:

	Mark
Bestand am 30. September 1929	347 149,50
Prozente der Wochenbeiträge	39 309,56
Cotale Beitragszuschläge	44 474,25
Erwerbslosenmarken	3 732,—
Zinsen	1 826,17
Sonstige Einnahmen	6 060,68
Summa:	442 552,16

Ausgaben der Cotalkassen:

	Mark
Unterstützungskasse	147,84
Agitation	8 340,16
Entschädigung der Ortsverwaltung	19 041,99
Sonstige Entschädigungen	3 587,32
Ehtungsgeld	3 387,73
Miete und dergleichen	7 620,61
Direktionskosten	7 443,54
Parteien- und Sekretariatsbeiträge	6 975,39
Arbeitsnachweise	19,80
Bücherei	1 072,84
Konferenzen	787,65
Beitragsmarken an Erwerbslose	13 286,75
Lohnbewegungen	847,39
Streikunterstützung und Rechtsschutz	1 160,98
Rückfallunterstützung	36 800,41
Zuwendungen an andere Organisationen	5 228,90
Bestand am 31. Dezember 1929	326 613,67
Summa:	442 552,16

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Kündigung der Bauarbeiterlöhne. Die Arbeitgeberverbände für das deutsche Baugewerbe haben die Bauarbeiterlöhne zum 31. März 1930 gekündigt. Es ist ganz klar, daß die Tarifkündigungen lediglich zu dem Zweck erfolgt sind, um gestützt auf die ungünstige Lage auf dem Baunarkt, die Löhne der Bauarbeiter abzubauen.

Von den Tarifkündigungen werden etwa 600 000 im Deutschen Baugewerksbund, Zentralverband der Zimmerer ufm organisierte Bauarbeiter, einschließlich aller im Bauergewerbe und in den sogenannten Baunebenberufen Beschäftigten, jedoch insgesamt etwa 1,3 Millionen Arbeiter betroffen. Die Organisation der Bauarbeiter haben ihre Mitglieder schon seit Monaten auf den Ernst der Situation hingewiesen und sich für eine Auseinandersetzung mit ihren Vertragspartnern gerüstet.

Rundschau

August Bebel als Arbeiterführer. Bebel's 90. Geburtstag am 22. Februar läßt auch wieder die Erinnerung daran lebendig werden, daß dieser temperamentvolle sozialistische Kämpfer und Führer bereits im Jahre 1862 als Obmann eines Arbeiter-Gesangvereins fungierte. Es war die dem „Gewerblichen Bildungsverein“ in Leipzig angegliederte Gesangsabteilung. Ursprünglich von den bürgerlichen Stadtvätern mit 400 Talern im Jahr unterstützt, wurde diese Hilfe mit zunehmender politischer Aktivität Bebel's immer kleiner. Gänzlich verschwand diese Zuzahlung der Stadt Leipzig, als August Bebel, der Obmann der Gesangsabteilung, sich offen zur Sozialdemokratie bekannte. Unter Bebel's Führung trat dann die Erkenntnis ein, daß auch die Arbeiter als Sänger mit dem Bürgerum nichts gemein haben können. Es erfolgte der Austritt der Gesangsabteilung aus einem bürgerlichen Sängerbund, und damit verlor dieser erste Gesangverein seinen Dirigenten. Heinrich Pfeil übernahm später die Sängereleitung. Von August Bebel stammt aus jener Zeit das Wort vom ersten Tag, „den bekanntlich jeder singt, der keine Stimme hat“. Deswegen brauchen aber unsere ersten Schritte in den Arbeitergesangvereinen, die wir sehr schätzen, unserem August Bebel nicht gram zu sein.

Der Mieterschutz um ein Jahr verlängert. Die Sozialdemokratische Partei hatte im Reichstag beantragt, den Mieterschutz um zwei Jahre zu verlängern. Die Rechtsparteien verlangten möglichst sofortigen Abbau jedes Mieterschutzes. Angenommen wurde ein Ausnahmsantrag, nach dem der Mieterschutz bis zum 30. Juni 1931 verlängert wird.

Bücherchau

Bücher gratis. Kann man sich vorstellen, daß es jemand in Deutschland gibt, der Bücher bespricht, jagtaus, jahtrein, und der demnach jährlich 200 000 Mk. dabei verdient? Ja, aber nicht so, wie man sich vorstellen kann. Das ist natürlich großer Schwindel, auf den nur die Betreffenden, die nicht alle werden. Bei 200 000 Mk. Reinerwerb ist trotz „Gratis“-Abgabe der Bücher müssen aber sehr, sehr viele hereingefallen sein. Diese Tatsache beweist jedoch, daß noch große Massen der Bevölkerung nach billigen Büchern hungert, daß ein dringendes Bedürfnis dafür vorhanden ist.

Der Fall lag so: In Anzeigen wurden ganze Bücherreihen, B. Schiller's Werke, gratis angeboten; auf Anfrage wurde eine Belegkarte überreicht, auf der für die gebundene sog. Prachtangabe geworden wurde; man braucht nur die Einbandseite zu beschriften; deren Preis war aber so hoch kalkuliert, daß 200 000 Mark Reinerwerb jährlich dabei gemacht werden konnten. Der reguläre Buchhandel wehrte sich gegen diesen unanständigen Wettbewerb, fiel aber durch Urteil vom 29. Juli 1928 mit der Klage ab. Der Kampf wurde indessen nicht und ist nunmehr durch Reichsgerichtsurteil vom 10. Januar 1930 gegen die beflagte Firma entfallen, indem ihr unterlag wurde, Anzeigen, Rundschreiben oder Gratisanzeigen, wie sie bisher getan, zu verbreiten oder zu veröffentlichen. An der Urteilbegründung wird gesagt, daß die Firma von Äußerer Gratifizierung kundschaft vorzuziehen, und daß ihre Angaben demnach unrichtig sind. Es handle sich nicht um eine Gratisabgabe, denn bei den „Einbandergütungen“ bliebe ein solch hoher Verdienst, daß nicht nur die ganzen Rollen und Seiten der sog. Gratisabgabe und der Prachtangabe gedeckt werden, sondern daß auch noch auf jeden der beiden Teilhaber, wie sie nicht bestritten haben, jährlich rund 100 000 Mk. entfallen.

Dieser Fall lehrt uns, daß die sog. billigen Bücher durchaus nicht so billig sind, wie sie scheinen, daß sie aber einen großen Nutzen für die Betreuer abwerfen, die das Publikum durch die geschickterten Werbemaßnahmen fesseln. Das ist auch in gewissem Sinne der Fall bei den bürgerlichen „Büchereien“, deren Zweck eine Gesellschaft mit befristeter Haftung ist, die auf wenigen geschäftstüchtigen Leuten beruht, die den Gewinn, der nicht gering ist, in ihre Tasche stecken. Ganz anders handeln die proletarischen Belegkartenvereine, der Wandertreis und die Buchstube-Gutenberg, die die erstellten Gewinne den Mitgliedern durch gute Ausstattung wieder zugute kommen lassen. Belegkarten und Tagungen geschickter Belegkartenvereine zum Beispiel in der Buchstube-Gutenberg über die wichtigsten Angelegenheiten und über den Preis der Bücher, sind nicht billige und dabei sehr gute Bücher und kein Wertpapier hat nötig, auf überaus viele Bücherangebote hereinzuweisen. K. G.

Soziale Bauwirtschaft. Der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftssysteme wird immer augenfälliger. Soziale Wirtschaftssysteme auf der ganzen Erde, durchdringende soziale, trotz steigendem Lebensstandard, Arbeitslosigkeit in die ungewohnten Umfassung. Bundesstaatliche Bauwirtschaften in Deutschland, während zur Verwirklichung der dringenden Wohnungsbedarfs immer noch die Wohnbauern leiden.

In Heft 4 der „Sozialen Bauwirtschaft“ wird der Widerstand dieser Wirtschaft in Verbindung mit dem jährlichen Jubiläum der Baubau-Verbandszeitung. Die Genossen Ulling und Tausch berichten über die großartige Entlohnung dieser Baubau, die je nach Ort von der stärkeren Kraft der organisierten Arbeiter und ihrem Willen zum Aufbau einer neuen Wirtschaft. Die 20 Baubauvereine der Baubau, die heute zu den größten sozialen Baubetrieben Deutschlands zählt. Der weitere Inhalt der Nummer richtet sich gegen die den Wohnungsbaubau hindernenden Sparmaßnahmen; er spielt in der Forderung auf Befreiung der Arbeit für das Baugewerbe, um mit Hilfe dieses Schlußergebnisses die Gesamtwirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Zum Schluß wird von dem Beitritt zu zwei neuen Baubauvereinen der Arbeiterlichen Schenkelgenossenschaft in Köln und der Baubauvereine Genossenschaft in Frankfurt a. M. genannt. Preisgebühren monatlich 75 Pf. Preis für einzelne Nummern 50 Pf.

Verbandsnachrichten

(Befehlsnachrichten des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 2. März bis 8. März ist der 10. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Achtung! Alle Verwaltungsstellen, welche die Monatsberichtsarbeit betreffend Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Monat Februar noch nicht eingeleistet haben, werden dringend ersucht, das bisher Versäumte bis spätestens zum 8. März nachzuholen.

Veranstaltungskalender

Dresden. Versammlungen im März 1930. Mitgliederversammlung: Mittwoch, den 12. März, 19 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. „Die Bedeutung der Arbeitsrationalisierung“ mit Lichtbildern. Vortragender: Herr Regierungsrat Dr. Preller vom Sächsischen Arbeitsministerium. Guter Besuch der Mitglieder mit Angehörigen ist sehr erwünscht. — Jugendabteilung: Freitag, den 14. März, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 2. — Tapeziererbranche: Mittwoch, den 19. März, 18½ Uhr, im Volkshaus, Zimmer 3. — Lederwarenbranche und Handwerksattler: Freitag, den 21. März, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 6 und 7. — Treibriemenbranche: Freitag, den 28. März, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 6 und 7. — Regte Beteiligung auch in den Branchenversammlungen erwartet die Ortsverwaltung.

Danzig. Am 15. März feiert die Verwaltungsstelle Danzig ihr 25jähriges Stiftungsfest nebst Bannerweihe im Café Derra Schibly, Karthäuser Straße. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Leipzig. Zur Pflege der Gefelligkeit veranstalten wir am Sonnabend, dem 15. März, abends 7 Uhr, im großen Festsaal des Volkshauses einen heiteren Abend mit Lang, Grobes arbeitsloses Programm, reichhaltige Tombola. Alle Mitglieder sind mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen. Arbeitslose Mitglieder erhalten im Bureau freien Karten. Die Ortsverwaltung.

Magdeburg. Am Freitag, dem 7. März, abends 8 Uhr, findet bei Brunno, Braune Hirschstr., unsere Monatsversammlung statt. Wir bitten die Kollegen um zahlreiche Beteiligung. Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel

Berlin. Am 15. Februar starb im Alter von 74 Jahren unser langjähriges treues Mitglied, der Sattler Ludwig Mödersbach.

Chemnitz. Am 18. Februar starb im Alter von 59 Jahren unsere Kollegin, die Näherin Anna Winkler.

Mannheim. Nach langen schweren Leiden verstarb am 5. Februar unser langjähriges Mitglied, Kollege Alexander Streik, im Alter von 45 Jahren.

Offenbach a. M. Am 15. Februar starb unser Mitglied, der Anschläger Friedrich Wilhelm Klein aus Bergen im 59. Lebensjahre nach 25jähriger Mitgliedschaft. Ehre ihrem Andenken!